



Creichelmer

G'werzinsel

MITTEILUNGSBLATT DER SPD

3. Jahrgang

3. Ausgabe

November 1983

EIN JUGENDTREFF FÜR CREGLINGEN ??

Es ist schon sonderbar: Der Wunsch Erwachsener, Kinder zu haben, wird in unserem Staat vielfältig unterstützt. Durch Steuererleichterungen, Kindergeld, Zinsverbilligungen, günstige Darlehen usw. Sind die Kinder dann auf der Welt, schüttet Vater Staat weiterhin sein Füllhorn aus. Zuschüsse für junge Familien, Zuschüsse für Kindergarten, Lernmittelfreiheit an den Schulen, Studienbeihilfen tragen dazu bei, aus dem jungen Menschen einen Bürger unseres Staats zu machen, der sich möglichst nahtlos in unsere Gesellschaft einfügen soll. Und der mit seiner - aufgrund der in der Regel guten Ausbildung - qualifizierten Arbeitskraft zur Steigerung unseres Bruttosozialproduktes beizutragen hat.

Bei all dieser zielgerichteten Ausbildung bleibt in der Regel ein sehr wichtiger Teilaspekt auf der Strecke. Nämlich der, der die jungen Menschen befähigen könnte, den - nennen wir ihn

Neubert — das Einkaufs-Erlebnis ohnegleichen.

Mit Auswahl, die unvergleichlich ist.
Mit Preis-Leistungen, die ihresgleichen suchen. Mit einem Service, der keine Wünsche offenläßt.
Warum sollten Sie mit weniger zufrieden sein?



NEUBERT

Würzburg-Heidingsfeld
Telefon (0931) 806-1

Süddeutschlands größtes Einrichtungshaus

mal - "privaten" Teil seines Lebens einigermaßen ohne große Blessuren zu überstehen. Denn partnerschaftliches Verhalten in einer Zweierbeziehung, Krisenbewältigung im zwischenmenschlichen Bereich, Orientierung an Werten, Bereitschaft zum Engagement zur Verwirklichung einer auch im menschlichen Bereich fortschrittlichen Gesellschaft - dies alles sind Themen, die in keinem Lehrbuch stehen, die in keinem Stundenplan enthalten sind.

Und außerhalb der Schulen? Achselzucken allemal! Geht doch in die Vereine! Was ihr für Ansprüche stellt! Wir mußten uns auch zurechtfinden! So oder ähnlich, lauten die Patentrezepte, mit denen üblicherweise der berechtigte Wunsch junger Menschen nach einer Einrichtung abgetan wird, in der sie sich in ihrer Freizeit gegenseitig unterstützend und mit gewisser Hilfestellung von uns allen auf ihr späteres Leben als Privatperson vorbereiten können.

Was bleibt, ist Frust. Oder der Weg in die nächste Kneipe, in die nächste Disco - wenn's gut geht. Oder aber in den Alkohol, in schlechte Gesellschaft, zu Hasch und Heroin, wenn's schlecht geht.

Dort geben die jungen Menschen dann ihr Geld aus - für fragwürdige Vergnügungen, suchen Halt am falschen Punkt, geraten nicht selten auf die sogenannte schiefe Bahn.....

Wenn dann im Fernsehen Bilder von jugendlichen Trunkenbolden, Randalierern, Fixern, Kriminellen zu sehen sind, lehnen wir uns im Wohnzimmer zurück, fühlen uns unschuldig, nicht zuständig, tendieren zu Ablehnung und Verurteilung "Die heutige Jugend....." und wenden uns, - falls wir das Glück und keinen solchen Problemfall in der eigenen Verwandtschaft haben - anderen Dingen zu.

Warum eigentlich - so fragen wir uns - hört die Sorge der Allgemeinheit für die jungen Menschen auf, wenn sie die Schule verlassen. Zu einem Zeitpunkt also - wo ein junger Mensch zum Erwachsenen heranreift, wo er gezwungen wird, sich ein eigenes Weltbild zurechtzulegen, wo er dabei ist, sich einen Platz in unserer Gesellschaft zu suchen, wo er jede Menge Fragen nach dem Wie und WO, nach dem Warum und Warum nicht hat?? Wir wissen doch alle, daß Elternhäuser alleine in den seltensten Fällen in der Lage sind, alle diese Fragen zu beantworten. In den Vereinen gibt es andere Prioritäten - bleiben die Kirchen. Doch alleine können die es auch nicht schaffen.

Die Creglinger **SPD** lädt ein zum **PREISSCHAFFKOPF**

am **FREITAG, dem 18. NOVEMBER 1983 20.00 Uhr**

im Gasthaus »Zur POST« in Craintal

1. Preis: **1 REH - weitere schöne Preise**

Teilnehmergebühr: DM 8.--

Warum eigentlich - so fragen wir uns weiter - gibt es nicht in einer Stadt wie der unseren eine Einrichtung, die den jungen Menschen ein qualifiziertes Freizeitangebot offeriert. Ein Angebot, das zu gleichen Teilen Vergnügen macht und Orientierung vermittelt, das versucht Antworten zu geben und Hilfestellung zu leisten. Warum stehlen wir uns aus der Verantwortung und sind nicht bereit, jährlich eine gewisse Summe für die Schaffung eines attraktiven Freizeitangebotes für unsere Jugendlichen zur Verfügung zu stellen. Denken wir denn nicht an die hohen Kosten für Resozialisierung, Entziehungskuren und Strafverfolgung?

Sicher - diese Kosten treffen uns in Creglingen nicht direkt. Denn dafür müssen die in Bonn, in Stuttgart, schlimmstenfalls die in Tauberbischofsheim aufkommen. Aber über unsere Steuern, über unsere Kreisumlage zahlen auch wir mit.

Warum eigentlich - so fragen wir zum Schluß - sollte es nicht möglich sein, daß auch in Creglingen jährlich ca. 50.000,--DM für ein "Jugendzentrum" und einen qualifizierten Sozialarbeiter (der Kreis gibt hier Zuschüsse) "übrig" sind? Am Können liegt es sicher nicht, wohl aber am Wollen!

Damit es klar ist: Wir denken - zumindest für den Anfang - nicht an ein ganzes Gebäude, das der Jugend zu Verfügung gestellt werden sollte, sondern an zwei drei Räume, in denen die jungen Menschen mit qualifizierter Freizeitgestaltung beginnen können. Zeigt sich dann, daß die Sache gut läuft, und daß noch mehr Platzbedarf da ist, kann ja aufgestockt

Wellenreiter



Solymar 
Bad Mergentheim

Einlaßzeiten:
Mo. 13-20.30, Di.-Fr. 10-20.30 Uhr
Sam., Sonn. u. Feiertg. 9-18 Uhr

werden. Wird die ganze Sache ein Flop, gibt es sicher in unserer Stadt einen anderen sinnvollen Verwendungszweck für die Räumlichkeiten.

Wir meinen also: Gerade im Vorfeld der im nächsten Jahr anstehenden Kommunalwahlen sollten alle Verantwortlichen ernsthaft miteinander reden, ob ein Jugendtreff in Creglingen realisierbar und bezahlbar ist. Woanders geht es schließlich auch! (Weikersheim, Niederstetten, Ochsenfurt, Schrozberg)

Wir werden deshalb in Kürze eine Veranstaltung zu diesem Thema durchführen und laden heute schon alle interessierten und zuständigen Mitarbeiter herzlich ein.

Beachten Sie bitte die Ankündigungen in den Zeitungen und im Mitteilungsblatt der Stadt.

DANK E!!

Immer wieder erreichen uns Spenden, die uns von Bürgern zur Finanzierung unserer G'werzinsel überwiesen werden.

Wir danken allen Spendern für ihre Unterstützung herzlich!

*Täglich frisch und lecker
Kuchen und Gebäck
von Ihrem Bäcker*

**Bäckerei
Dieter Tusch**
Kreuzstraße 4
6993 CREGLINGEN
Tel. (0 79 33) 627

DAMIT DIE REICHEN REICHER UND DIE ARMEN
ÄRMER WERDEN: DER BUNDESHAUSHALT 1984

Die Reichen
müssen noch
reicher
werden

Wählt
christdemokratisch

Die erste Sitzung des Bundestages nach der Sommerpause eröffnete der Bundesfinanzminister am 7. September mit einer 75-minütigen Rede zur Einbringung des Haushaltes 1984 und der entsprechenden Etatbegleitgesetze. Mit diesem Haushaltsentwurf sollen die Ausgaben des Staates um 1,8 Prozent auf 257,7 Milliarden DM erhöht, die Neuverschuldung aber um 8,7 Prozent unter den Etatansatz von 1983 gesenkt werden.

Dadurch werden auf die Bevölkerung der Bundesrepublik einige finanzielle Belastungen zukommen. Stoltenberg versuchte, dies zu rechtfertigen und erklärte, daß die Staatsverschuldung selbst zur Ursache des wirtschaftlichen Niederganges und des Anstieges der Arbeitslosigkeit geworden sei. Deshalb müsse die Konsolidierung des Haushaltes an erster Stelle stehen. Auch der Bundesarbeitsminister Norbert Blüm unterstützte diese Zielsetzung und versuchte mit einer Milchmädchen-Logik klar zu machen, daß die Schulden des Staates schließlich immer die kleinen Leute bezahlen müßten, während die Großen die Zinsen erhielten. Dann sagte der Arbeitsminister noch, daß es unsozial sei, Schulden zu machen und die jetzige Regierung sei deshalb sozial, weil sie die Neuverschuldung reduziert.

Impressum

Verant.i.S.d.Presserechtes

Willi Hain, Niederrimb.

Herausgeber

Die Creglinger SPD
6993 Creglingen
SPD-Unterbezirk
7186 Blaufelden

Druck

1700

Auflage

Anzeigenpreis

1 Seite 90.-- DM,
1/2 Seite 45.-- DM,
1/4 Seite 25.-- DM.

Bei Anzeigenorder für mehrere Ausgaben Sonderpreise!
Konto 625 124, Kreissparkasse Creglingen (BLZ 623 510 60)

Wenn man die Rechnung bis hierher verfolgt, so scheint es in der Tat sozial, die Staatsverschuldung zu verringern. Schaut man allerdings nach, auf wessen Kosten die Haushaltskonsolidierung zu erreichen versucht wird, so stellt man fest, daß die Beiträge ausschließlich auf Kosten des kleinen Mannes gehen. Darum stoßen die von der Bundesregierung vorgesehenen Sparmaßnahmen im Sozialbereich denn auch bei den Gewerkschaften, Kriegsopfer- und Behindertenverbänden auf entschiedenen Widerstand. Die Sozialdemokraten bezeichneten in der gleichen Sitzung das Zahlenwerk als sozial unausgewogen und beschäftigungspolitisch wirkungslos.

Die vorgesehenen Maßnahmen wirken sich nämlich durch Leistungskürzungen oder Beitragsanhebungen in erster Linie zu Lasten der Arbeitnehmer und der Sozialleistungsempfänger aus. Auch auf die BAFÖG-Kürzung sei hingewiesen, die zwar schon lange beschlossen ist und ab dem neuen Schuljahr durch den weitgehenden Wegfall des Schüler-BAFÖG ein erhebliches Loch in einen großen Teil der bundesdeutschen privaten Haushaltskassen gerissen hat. Nachdem also die Geldbeutel des größten Teils der Bevölkerung geschmälert werden, wird sich damit automatisch die Kaufkraft dieser Bevölkerungsschichten reduzieren. Es gibt Berechnungen, nach denen die Verringerung der Kaufkraft durch die Maßnahmen der Rechtskoalition auf 15 Milliarden DM pro Jahr beziffert wird. Selbst wenn man sich damit abfindet, daß

PRESSEKONFERENZ MIT KOHL UND GENSCHER.....

.....und am Ende kommt ein Journalist zu Genscher und fragt: "Herr Außenminister, ein Scherz am Rande: Der Sohn Ihres Vaters, aber nicht Ihr Bruder, wer ist das?" Genscher überlegt eine Weile und sagt dann: "Das bin ich!" "Richtig", sagt der Presseemann, die beiden und Kohl, der das Ganze mitgekriegt hat, lachen. Genscher merkt sich den Gag und fragt am nächsten Tag im Kabinett den Blüm: "Herr Blüm, der Sohn Ihres Vaters, aber nicht Ihr Bruder, wer ist das?" Blüm rückt sich die Brille zurecht, überlegt, kommt auf keine Antwort und sagt: "Da muß ich erst mal den Alten fragen". Er geht zu Kohl und sagt: "Du, Helmut, der Genscher fragt mich: Der Sohn meines Vaters und nicht mein Bruder, wer ist das?" Kohl erinnert sich an den Tag zuvor, lacht und sagt: "Na das ist doch klar, das ist der Genscher!"

dies eben sein muß, um - wie Regierung und Arbeitgeberverbände behaupten - die erforderliche Anpassung des sozialen Sicherungssystemes an die gewandelten wirtschaftlichen Verhältnisse nachzuvollziehen, wird die ganze Angelegenheit in dem Augenblick unsozial, wo nicht alle Bürger in gleichem Maße zur Konsolidierung herangezogen werden. Tatsache ist nämlich, daß gleichzeitig mit der Belastung der weniger Verdienenden die Unternehmen und die Selbständigen um insgesamt 1,2 Milliarden DM entlastet werden. Auf gut deutsch: Der kleine Mann muß nicht nur die Rückführung der Staatsverschuldung finanzieren, sondern wird zusätzlich belastet, damit die Großen entlastet werden können. Und das ist schlicht unsozial!

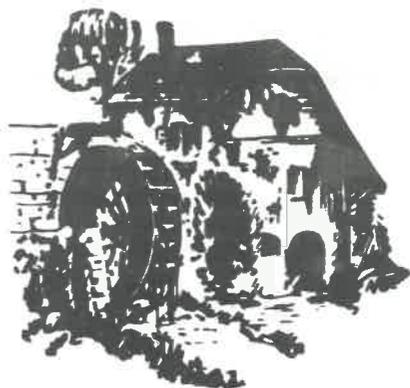
Es ist ein Beweis für die These, daß die derzeitige Bonner Regierung es sich zum Ziel gesetzt hat, die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Aber was will man auch schon von einer Regierung erwarten, deren sie tragende Parteien vornehmlich vom Großkapital finanziert werden und in deren Reihen die Interessenvertreter der deutschen Industrie gut vertreten sind.

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 84 betrachtet werden muß, ist die Tatsache, daß weite Teile unserer Wirtschaft mehr oder weniger angeschlagen sind. Die Regierungskoalition verweigert bisher aber jede Initiative zur Verbesserung der Situation und hofft auf die sog. "Selbstheilungskräfte der freien Marktwirtschaft". Die Regierung wartet nun schon ein Jahr auf die nachhaltige Konjunkturbelebung, ohne daß etwas passiert. Auch die Arbeitslosenzahlen zeigen noch keine Anzeichen für die vielgespriesene Wende auf dem Arbeitsmarkt.

Daß unsere Industriegesellschaft eine Strukturkrise durch-

Schanzmühle

G. u. Th. Knorr



GEÖFFNET:

TÄGLICH
AB 20 UHR

DIENSTAG
RUHETAG

TANZCAFÉ
DISCOTHEK
WEINLOKAL
VIEDEOTHEK
TREFFPUNKT
NETTER
LEUTE!

Scheinhardsmühle
6992 Weikersheim-Schäftersheim
Tel. 07934/7660

macht, ist inzwischen eine Binsenweisheit. Und daß deshalb die Arbeitslosigkeit viel schwieriger zu bewältigen sein wird wie bei den Konjunkturreinbrüchen der sechziger Jahre, weiß auch jedermann. Nur die verantwortlichen Politiker der Rechtskoalition wollen es nicht begreifen. Sie meinen noch immer, man könne dem Problem mit Rezepten beikommen, die aus der Zeit der scheinbar unbegrenzten Rohstoffvorkommen und Wachstumsraten stammen und in denen das Wort Umweltverschmutzung noch ein Fremdwort war. Mit Gesundheitsbetriebe alleine, und anders kann man die Aktivitäten der Regierung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ja wirklich nicht bezeichnen, wird wohl nichts erreicht werden. Wenn unsere Industriegesellschaft umstrukturiert werden muß, wenn Wirtschaftszweige, von denen generationenlang viele Zehntausende gut leben konnten, nicht bloß erkranken sondern schon fast hoffnungslos dahinsiechen wie die Werften, wie die Giganten bei Kohle und Stahl, wenn man erkennt, daß da gewaltige Prozesse der Anpassung und der Neuordnung bewältigt werden müssen, dann erstaunt es einen sehr, wie wenig die verantwortlichen Politiker in Bonn seit dem 6. März zur Bewältigung der Situation beigetragen haben. Alle realitätsbezogenen Vorhersagen anerkannter Wirtschaftsinstitute von sich weisend, hoffen die Mannen um Kohl auf einen Aufschwung, von dem eigentlich keiner so recht weiß, wo er herkommen soll, wenn man die Massenkaufkraft reduziert und damit bewirkt, daß die Nachfrage zurückgeht.

Wirtschaftsminister Lambsdorff hat in der genannten Sitzung denn auch kleinlaut zugegeben, daß man keine schnell wirkenden Vorschläge zur Hand habe und daß man mit der hohen Arbeitslosigkeit wohl noch eine Weile leben müssen, vielleicht sogar bis zum Ende des Jahrzehnts. Wenn schon die Regierung ihre Ratlosigkeit in Sachen Krisenbewältigung so offen zugibt, kann man ohne Scheu feststellen, daß das, was in Bonn seit dem 6. März beschlossen wurde, lediglich darauf hinausläuft, den Großen ihre materiellen Besitzstände zu erhalten, in dem man den Kleinen Ihre sozialen Besitzstände abbaut.

Wie für Anzeigen in Zeitungen üblich, besteht kein Zusammenhang zwischen den politischen Auffassungen der Inserenten und der in dieser Zeitung geäußerten politischen Richtung.

Anstatt etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun, läßt man den Karren, den die sozialliberale Koalition angeblich so in den Dreck gefahren hat (zur Erinnerung: auch da hieß der Wirtschaftsminister Lambsdorff, bloß gab's ca. 800 000 Arbeitslose weniger) einfach stecken bzw. noch weiter absacken.

Wir Sozialdemokraten lehnen auf jeden Fall die vorgesehenen Steuererleichterungen ab und schlagen stattdessen vor, diese 1,2 Milliarden DM zusammen mit dem erwarteten Bundesbankgewinn und einer von uns schon lange geforderten Ergänzungsabgabe beschäftigungswirksam einzusetzen.

Es ist jedoch nicht nur so, daß der Bundeshaushalt 84 nichts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorsieht, er birgt auch noch einige ungedeckte Risiken in sich. So ist nicht eingepplant, woher die Finanzmittel kommen sollen, die erforderlich sind, um die voraussichtliche und auch von einigen CDU-Politikern für wahrscheinlich gehaltene Arbeitslosenzahl von 3 Millionen im nächsten Jahr zu finanzieren. Berücksichtigt ist auch nicht, daß durch diesen Anstieg der Arbeitslosigkeit das Steueraufkommen und die Beiträge zur Sozialversicherung zurückgehen. Es stellt sich dann die Frage, wie bei zurückgehendem Steueraufkommen noch mehr Arbeitslose finanziert werden können. Die Regierung wird dann eben einen Nachtragshaushalt verabschieden, der unweigerlich zur Erhöhung der Staatsverschuldung führt.

Aber bis dahin wird man wohl vergessen haben, daß Herr Blüm es einmal unsozial nannte, Schulden zu machen!

VOM CREICHEL´MER SAUMARKT NICHTS NEUES?!

Amtliche Bekanntmachungen

Schweinemarkt in Creglingen am 2.11.1983

Auftrieb 29 Stück Ferkel

Einzelpreise von DM 95,- bis DM 109,-

Marktverlauf: mittelmäßig, Markt geräumt.

Trotz vielfältiger Beteuerungen von allen Seiten bei unserem "Saumarktgespräch" im Juli über die Notwendigkeit eines zweiten funktionierenden Marktes und dessen Vorteile für alle Ferkelerzeuger bietet der wöchentliche Blick ins Mitteilungsblatt der Stadt immer noch das gleiche Bild: geringe Auftriebszahlen, mittelmäßiger Marktverlauf.

Immerhin, so war in Erfahrung zu bringen, hat die Stadt inzwischen die Händler in weitem Umkreis angeschrieben um auf diesem Weg zu erreichen, daß noch ein weiterer Händler den Creichelmer Saumarkt besucht.

Warten wir ab, was dabei herauskommt!

HEINZ-DIETER BÜRGER

Manager mit sozialem Engagement
- und Landtagskandidat der SPD!

Man sieht es ihm heute nicht mehr an - aber Heinz-Dieter Bürger, eloquenter Leiter (den ihm zustehenden Titel Direktor hört er gar nicht gern) der deutschen Tochtergesellschaft des französischen CIT-Alcatel-Konzerns hat sich von der Pieke auf hochgedient. Nach dem Realschulabschluß in Essen (geboren ist er 1940 in Thüringen, flüchtete aber 1949 mit den Eltern ins Ruhrgebiet) fand er einen "unwahrscheinlich interessanten Job" als Chemielaborant, wechselte 1973 nach Wertheim und stieg 1975 bei CIT-Alcatel ein. Schwierigkeiten mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage kennt er nicht. Sein Prinzip: Cleverer und vor allem schneller sein als die Konkurrenz! Preußische Disziplin bei der Geschäftsabwicklung, vor allem auch im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze seiner Mitarbeiter, sowie die Erkenntnis, daß Innovation das Gebot der Stunde ist (Originalton Bürger: Man ist gezwungen, immer ein paar Jahre vorauszudenken, zu vergessen, was man eben gelernt hat, denn häufig müssen wir heute schon Dinge machen, die erst in ein paar Jahren gebraucht werden)runden das Bild des alerten Sozialdemokraten ab.

Sein Weg zur SPD war durch den Vater (SPD-Bürgermeister in Mellenbach/Thüringen) und die Bewunderung für den späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann vorgezeichnet. Als er in Wertheim 1975 die Sozialdemokraten des Kreises "verstärkte", war für ihn die Zielrichtung seines Engagements klar:

"Den Menschen hier im Kreis zu helfen, die Auswirkungen der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte zu meistern. Und die CDU durch eine gewisse Konkurrenzsituation dazu zu bringen, etwas mehr für die Bürger dieses Kreises zu tun als in den letzten 20 Jahren....."

Wenn Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ihn am 25. März nächsten Jahres in den Landtag schicken, hätte er Gelegenheit dazu!



UND HIER MELDET SICH WIEDER RUMPELSTILZ ZU WORT

Mer kummt ja viel drauße rum, wenn mer unnerwegs is. Mer sieht dann a weng was von der Dorfsanierung un Dorfentwicklung. Es is ja schö, wenn mer dann die herg'richtete Heiser und Höf sieht, abber manchmal is a weng zu viel saniert un entwickelt worre.



Daß mer nach'm Stroßeaufreißer fer die notwendig Kanalisation 'n neie Belaach mecht, des is ja klar. Abber muß mer da gleich a begradichte un verbreiterte Rennstreck fer die örtliche un außerörtliche "Nicki Laudas" mache? Uff denne Ortsdurchfahrte kou mer ja schneller fohre als uff sou manchem Autobahnzubringer.

Mi wunnert bloß, daß no net mehr passiert is, wenn mer sieht, wie do a paar Halbdackel dorch die Ortschafte brause. Es lefft am manchmal kalt 'n Buckel nummer.

A bible wenicher wer do bei der Planung a weng mehr g'wese. Sou, des wärs fer heit, und vergeßt net, am 18. is Preis-schafkopf in Crantl in der Post.

Bis dann

Euer Rumpelstilz

Dekor

"Würzburger Gravur"

DM 481.--

Dekor

"Bamberg"

DM 265.--

ODER: ANMERKUNGEN ZUR PARTEISPENDENAFFÄRE

Zugegeben - alle Parteien sind derzeit knapp bei Kasse und nutzen deshalb jede Gelegenheit, ihre Finanzlage zu verbessern. Die derzeit laufende Diskussion über die Erhöhung der Wahlkampfkosten pauschale von 3.50 DM auf 5.-- DM pro Wählerstimme zeigt dies deutlich.

CDU und FDP wollen zudem die steuerbegünstigten Spendenmöglichkeiten erweitern - davon würden natürlich sie selbst und ihre wohlhabende Wählerklientel zu allererst profitieren.

Zugegeben auch - für den Normalbürger ist der Geldhunger der Parteien schwer verständlich. Er kann sich kein Bild von den Riesensummen machen, die zur Aufrechterhaltung einer Parteiorganisation notwendig sind. Deshalb ist ihm das Finanzgebahren der Parteien unheimlich und macht ihn mißtrauisch.

Objektiv gesehen ist der Bedarf der Parteien nach weiteren Geldmitteln berechtigt. Das hat auch die vom Bundespräsidenten eingesetzte Expertenkommission erkannt und eine Aufstockung der Finanzmittel der Parteien vorgeschlagen, damit diese ihrem im Grundgesetz festgelegten Auftrag " an der politischen Meinungs- und Willensbildung der Bürger mitzuarbeiten" erfüllen können.

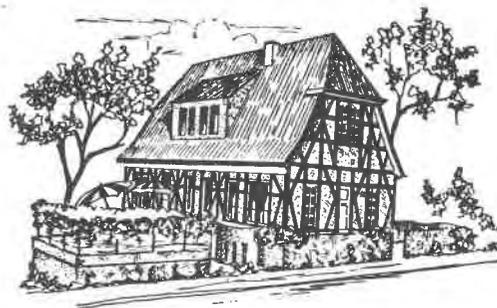
Die Einholung von Informationen, ihre Überprüfung auf den Wahrheitsgehalt, die Weitergabe an den Bürger, die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei - dies alles kostet nun einmal Geld. Und die Tatsache, daß alle Parteien in Geldnot sind - auch solche, die nach Meinung der Mehrzahl der Bürger mit Geld umgehen können - beweist doch wohl, daß die Finanzausstattung derzeit unzureichend ist.

So unbestritten das Bedürfnis finanzieller Mehreinnahmen beim objektiven Beobachter auch sein mag - die Art und Weise, wie verschiedene Parteien in der Vergangenheit versuchten, ihre Finanzprobleme zu lösen, sollte uns nachdenklich machen.

Das Parteiengesetz nämlich manifestiert nicht nur die Existenz der Parteien als "verfassungsrechtlich notwendigen Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung", sondern verlangt von den Parteien auch einen lückenlosen Nachweis über ihre Einnahmen. Größere Spenden über 20.000.-- DM müssen sogar unter Angabe von Namen und Adresse des Spenders im Rechenschaftsbericht der Parteien erscheinen. Außerdem sind Spenden an politische Parteien nur bis zu einer gewissen Höhe steuerlich absetzbar.

Die Väter des Parteiengesetzes wollten mit dieser Regelung verhindern, daß politische Entscheidungen "käuflich" werden, so etwa nach dem Motto "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing!"

RESTAURANT - KONДИTOREI - CAFE



Kohlesmühle

Inh.: Herbert Roth

Tel.: 07933 503

Gutbürgerliche Küche - Edle Weine aus Franken

Beerenweine - wie zu Großmutter's Zeiten · Pizzas 6,- DM

gut geeignet für Familienfeste

Nun ist es unbestreitbar, daß gerade dieser Teil des Parteiengesetzes schon in der Vergangenheit von allen Parteien großzügig gehandhabt wurde. Über die den Parteien sehr nahe stehenden gemeinnützigen Stiftungen (Adenauer-, Ebert-, Naumann- und Seidel-Stiftung) flossen allen Parteien Gelder zu, die genau genommen nicht in die Parteikassen hätten gelangen dürfen.

Doch als auch diese Möglichkeit nicht ausreichte, den Finanzhunger zu stillen, wurden zusätzliche "Finanzierungsmodelle" entwickelt. Inzwischen ist der Verdacht der "Käuflichkeit politischer Entscheidungen" derart offensichtlich, daß jedem, aber auch wirklich jedem, der Zeitung lesen kann, klar sein mußte, was gespielt wird.

Da gibt es den "Flick-Skandal", bei dem der Verdacht, daß ein amtierender Minister zugunsten des Flick-Konzerns auf ca. 450 Millionen DM Steuereinnahmen "verzichtet" hat, inzwischen nicht mehr von der Hand zu weisen ist. Flick revanchierte sich dafür mit großzügigen Spenden in bar oder über Schweizer Konten bei der Partei des Ministers. Der Versuch, dem toten Schatzmeister dieser Partei alles in die Schuhe zu schieben ist ja inzwischen mißlungen - verstärkte Wachsamkeit von uns Bürgern angebracht.

Und da gibt es auch den leider in den Medien viel zu wenig beachteten Parteispandelskandal in Baden-Württemberg, wo der Verdacht besteht, daß CDU und FDP über Jahre hinweg über sog.

"baden-württembergische Wirtschaftsverbände" von den Unternehmen unseres Landes große Summen erhalten haben. Die Unternehmen konnten diese Summen steuerlich geltend machen, weil Beiträge zu Berufsverbänden voll absetzbar sind. Außerdem hat der Spender noch den Vorteil, nicht mit Namen und Adresse im Rechenschaftsbericht der Partei auftauchen zu müssen - denn dort erschienen nur die genannten Wirtschaftsverbände als Spender - was manchem Spender schon recht gewesen sein wird.

Zwar ist noch nichts bewiesen - aber die aufgeregten Reaktionen der Landes-CDU zeigt, wie ernst die Angelegenheit für sie ist. Der von der CDU gestartete "Entlastungsangriff", nachdem auch das Finanzgebahren der Landes-SPD nach solchen Zuschüssen von Wirtschaftsverbänden abgeklopft werden sollte, hat sich als Seifenblase und primitives taktisches Verhalten erwiesen.

Da eine andere Einnahmenquelle der CDU auch schon seit längerem verschüttet ist - eine Zeitlang wurde mit der Bestellung von sog. "Gutachten" durch Wirtschaftsunternehmen bei von den Parteien gesteuerten Wirtschaftsberatungsunternehmen und der Überweisung entsprechender Honorare, die dann in die Parteikassen weiterflossen, gute Kasse gemacht - sieht die Finanzlage der Landes-CDU ziemlich düster aus.

Alle diese Vermutungen und Verdächtige liesen sich relativ leicht klären, wenn das Steuergeheimnis aufgehoben würde und die Staatsanwälte sowie die Mitglieder der in Bonn und Stuttgart installierten parlamentarischen Untersuchungsausschüsse Einblick in das Finanzgebahren der betroffenen Unternehmen gewährt würde. Aber dagegen wehren sich Bundes- und Landesregierung bisher erfolgreich, obwohl dies "im öffentlichen Interesse" durchaus möglich wäre. Aber wenn halt Regierungsparteien betroffen sind, besteht eben kein öffentliches Interesse, denn das definieren ja schließlich die Regierenden selbst.

So kann man aus der ganzen traurigen Angelegenheit folgendes Fazit ziehen:

1. Einige politische Parteien sind besonders anfällig für Gelder, die zwar der Parteikasse willkommen sind, die aber verhindern, daß Politik im Interesse des Volkes gemacht wird.
2. Der (Wahl)-Bürger sollte sehr genau verfolgen, wer für wen Gelder übrig hat, vor allem dann, wenn es um verdeckte Parteienfinanzierung geht, der Spender also nicht genannt sein will. Eine Partei, die von einer Seite ständig Geld bekommt und auf diese Einnahmen angewiesen ist, kann schlecht für die andere Seite Politik machen. Da helfen auch die schönsten Sonntagsreden nichts!



35.000 Mitarbeiter, 96 Geschäftsstellen stehen bei uns jederzeit zu Ihrer Verfügung. Das ist praktische Kundennähe. Doch wir haben noch mehr.

Wir setzen neue Maßstäbe.

Mit Leistungen, die diesen Anspruch halten. Zum Beispiel:
Volksfürsorge Lebensversicherungen

haben besonders niedrige Beiträge und hohe Überschußbeteiligung. Und zählen deshalb zu den günstigsten auf dem Versicherungsmarkt.

Wir haben für alles eine Lösung: Lebens-, Sach- und Rechtsschutzversicherungen, Reise-Krankenversicherung, Bausparen. Fragen Sie einen unserer Mitarbeiter.

Keine Sorge-
Volksfürsorge

Geschäftsstelle Würzburg
Sammelstr. 12/14, Tel.: 0931/12008

3. Wer eine Partei mit (steuerbegünstigten) Spenden in großem Umfange unterstützt, will diese Partei und diese Politik. Er macht also Politik und bestimmt indirekt mit. Nach dem Grundgesetz soll aber das Volk bestimmen, nicht das Geld!

Darum Holzauge sei wachsam und beobachte genau, was vorgeht. Und wenn ein Untersuchungsausschuß feststellt, daß alles harmlos gewesen sei, so betrachte die Mehrheiten und Du wirst feststellen, daß das Untersuchungsergebnis schon von vorneherein klar war.

"Geld und absolute Mehrheiten regieren eben die Welt" - in Baden-Württemberg scheinen beide ineinander überzufließen.



TILLMANN ZELLER

Landwirt, Agrarwissenschaftler -
und Zweitkandidat der Sozialdemokraten für
die Landtagswahl

Er kennt sich aus - nicht nur mit der Politik, sondern mit all dem, was so auf und um den Bauernhof wissenswert ist. Tillmann Zeller, Oberregierungslandwirtschaftsrat am Landwirtschaftsamt Bad Mergentheim, 1944 als Sohn eines Pfarrers in Grömbach/Schwarzwald geboren, wollte eigentlich Landwirt werden. So war es nur logisch, daß er nach dem Abitur in Ulm den

Landwirtsberuf auf verschiedenen Betrieben in Süddeutschland erlernte und dann sein landwirtschaftliches Fachwissen durch das Studium der Agrarwissenschaften in Stuttgart-Hohenheim vervollständigte.

Mit der Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebes ist es dann doch nichts geworden - aber im Bad Mergentheimer Landwirtschaftsamt, wo er seit 1971 tätig ist, fühlt sich Tillmann Zeller trotzdem zu Hause. Als Ausbildungsberater für den Beruf Landwirt ist er für den gesamten Main-Tauber-Kreis zuständig und deshalb auch mit den Problemen unseres Landstriches bestens vertraut. Die Mitarbeit in der Meisterprüfungskommission im beruflichen Bereich sowie sein Engagement bei der Kirchengemeinde Bad Mergentheim, beim Arbeitskreis "Dritte Welt" der Heimvolkshochschule Hohebuch und bei der Naturschutzgruppe Taubergrund runden das Bild eines vielfältig interessierten Mitbürgers ab, der aufgrund seiner Erfahrungen bei der beruflichen Arbeit vor Ort die Erkenntnis gewonnen hat, daß sich auch im politischen Bereich einiges ändern muß, um die Lebensbedingungen der Menschen im

M. Michelberger

Teppichgroßlager

Tel.: 07934-231

6992 Weikersheim-Laudenbach

- ◇ Teppiche - Teppichböden
- ◇ Kunststoffböden
- ◇ Gardinen
- ◇ MHZ-Vorhangschienen
- ◇ Glas + Porzellan
- ◇ Geschenkartikel

Main-Tauber-Kreis nachhaltig zu verbessern und somit denen der Menschen in anderen Teilen Baden-Württembergs anzugleichen. Er ist der Überzeugung, daß die nun faktisch schon seit Kriegsende bestehende Alleinherrschaft der CDU im Main-Tauber-Kreis sich nachteilig auf die Chancen der Bevölkerung insgesamt und der Landwirte im besonderen auswirkt und vor allem die Jugend im ländlichen Raum gegenüber Gleichaltrigen aus dem Ballungsraum vernachlässigt wird. So gilt sein Einsatz im politischen Bereich, so auch im Kreitag, dem er seit 1980 angehört, dem ständigen Bemühen, die Abwanderung junger Menschen aus unserem Kreis einzudämmen und durch strukturelle Maßnahmen die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

SPÄTHES CHAOS - SPÄTHE ERKENNTNISSE - SPÄTH-FOLGEN

Wyhl braucht - zumindest vorläufig - nicht gebaut zu werden. Der Strombedarf ist bei weitem nicht so hoch, wie von der CDU-Landesregierung immer angenommen.

Das Waldsterben ist sehr bedenklich und es sollte etwas getan werden.

Dies sind Erkenntnisse unseres Ministerpräsidenten Lothar Späth aus den vergangenen Wochen. Vor 5-7 Jahren sind auch andere Leute schon zu solchen Schlüssen gekommen. Aber das waren "Kommunisten, Staatsfeinde, Chaoten, Volksverhetzer" oder bestenfalls so spinnete Sozis wie etwa Erhard Eppler.

Was ist nun passiert, fragen wir uns, ist unsere Landes-

Bitte, lesen Sie auf der übernächsten Seite weiter

NACKTE FÜSSE

v. Rolf Bongs

In Buffalo

hing
an der Tür der Cafeteria
ein Zettel,
auf dem stand:

Mädchen mit nackten Füßen
werden hier nicht bedient.

Nackte Gesichter.

Nackte Hände.

Nackte Augen.

Aber die Füße,
mit denen du
dein Leben gehst,
gehen muß, ~~du~~
dürfen nicht nackt sein.
Eintritt verboten.

Ich ging
in meinen schweren Schuhen
weg.



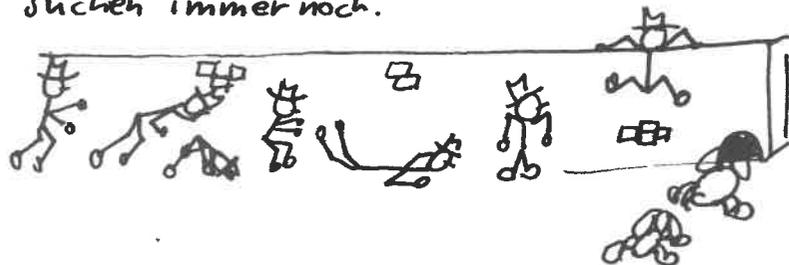
BIM

v. Janosch

Bim Sam Sum
du bist dumm.
Bim Sum Sam -
du bist dran!

Zum Schnellsprechen v. J. Guggenmos

Sieben dumme Düsseldorf Detektive liefen
hinter sieben nudeldicken Jackeln her. Doch die
sieben nudeldicken Jackel schlüpfen in ein Loch,
und die sieben dummen Düsseldorf Detektive
suchen immer noch.



regierung nun auch schon von
Chaoten, Kommunisten usw.
durchsetzt, oder sind die,
die schon vor Jahren diese
Meinungen vertreten haben,
doch nicht die ach so bösen
Buben und hatten gar recht
mit ihren Ansichten?

Wenn dem so ist: Was wäre uns
im Ländle alles erspart ge-
blieben. Wie viele Male hätte
die Polizei nicht zu Großein-
sätzen gegen uns Bürger an-
treten müssen. Wieviele Bür-
ger hätten ihr Vertrauen in
Politiker und Staatsmacht
noch. Wieviele junge Menschen
würden nicht sagen, sie
hätten "null Bock" auf die
Politik.

Eine andere Erkenntnis ist
unserem Lothar Späth schnel-
ler gekommen: Nämlich daß
manches, was die christlich-
frei-sozialen Wendepolitiker
in Bonn an Wendemanövern
vollführen Kokolores ist.
So z.B. daß die Kürzung des
Mutterschaftsgeldes ökonom-
isch und arbeitsmarktpoli-
tisch Unfug ist.

Allein bei der Erkenntnis
wird's belassen, denn im
Bundesrat mit den Sozial-
demokraten dagegen stimmen,
das kann unser Lothar na-
türlich nicht. Dann doch
lieber den erkannten Unfug
mitmachen.

Wir würden sagen, um das
zu korregieren, sollten
wir ihm aber keine 5-7
Jahre mehr Zeit lassen.

Lassen wir lieber vorher
mal den Ulrich Lang ran!



Gegen Lieferschwierig- keiten aller Art: der Volkswagen Caddy.

Auf diesen Kleintransporter haben Sie vermutlich
schon lange gewartet: 2,39 qm Ladefläche, bis
zu 625 kg Nutzlast, wahlweise mit Otto-Motor
(51 kW/70 PS) oder Diesel-Motor (40 kW/54 PS),
als offene Pritsche, als Pritsche mit Plane und
Spiegel oder als Hardtop. Dazu die bewährte
Technik und den Pkw-Komfort des Golf und
den V.A.G Service. Sagen Sie uns Ihr Transport-
Problem. Und wir sagen Ihnen, mit welcher
Ausführung des Caddy Sie es am besten lösen
können.

**Der Volkswagen Caddy.
Bei Ihrem V.A.G Partner**

AUTO Faiss V·A·G

Inhaber Roland Faiss
Rothenburger Straße 39
6993 CREGLINGEN

